



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 10.01.2025 bis 17.01.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Benin: Nach islamistischem Anschlag	3
Bulgarien: Straßengottesdienste im türkischen Viertel	4
Deutschland: Debatte um geplantes islamisches Kulturzentrum	5
Eritrea: Zahl der entführten Christen der Untergrundkirche steigt weiter an	6
Europa: Christenverfolgung stärker anprangern!	7
Haiti: "Auch wir wollen Pilger der Hoffnung sein"	8
Indien: Christen richten Petition an Präsident und Premierminister	9
Indien: Gott auch im Gefängnis dienen	10
Israel: Christliche Soldaten	11
Israel: Segen für unsere Helden	12
Jordanien: Neue Kirche neben Jesu Taufstelle eingeweiht	13
Kongo: In Nord-Kivu - Schwere Gefechte zwischen Armee und M23	14
Myanmar: Lebensmittelpakete für die Karen	15
Nigeria: Rund 50 Christen bei Angriffen in der Weihnachtszeit ermordet	16
Nigeria: Zwei im Südosten entführte Ordensschwestern freigelassen	17
Nordkorea: Härteste Christenverfolgung mit Hilfe aus China	18
Pakistan: 20 Christen wegen Blasphemie seit insgesamt 134 Jahren inhaftiert	20
Pakistan: Hacker nutzen Blasphemiegesetze für Erpressung	21
Pakistan: Islamisten arbeiten mit pakistanischen Beamten in Fällen falscher Blasphemie zusammen	22
Pakistan: Jubiläum der Hoffnung beginnt unter Ziegelofenarbeitern	24
Pakistan: Zwei Christen getötet	25
Sudan: Behörden verbieten Weihnachtsgottesdienst	26
Syrien: Warnung vor Racheaktion an Alawiten	28
Turkmenistan: Erste Verurteilung eines Wehrdienstverweigerers aus Gewissensgründen seit 2021	29
Ukraine: Gottes Liebe für Kinder	30
USA: Brände um Los Angeles zerstören auch Kirchengebäude	31
Vietnam: Hoffnung für das Land	32
Weltweit: Weltverfolgungsindex - Autokraten verschärfen Christenverfolgung	33

Benin: Nach islamistischem Anschlag

Bischöfe trauern um Soldaten

Cotonou (Fides) - Beileid für die bei dem dschihadistischen Anschlag am 8. Januar getöteten Soldaten; ein Appell an die Jugendlichen, sich nicht in die Reihen der Internetkriminalität einzureihen; ein Wunsch nach friedlichen Wahlen. Dies sind Hauptthemen des Schlusskommuniqués der zweiten ordentlichen Vollversammlung der Bischofskonferenz von Benin für das Pastoraljahr 2024-2025, die vom 7. bis 10. Januar in Cotonou stattfand.

„Wir sprechen der ganzen Nation und den Familien, die den Verlust ihrer Söhne der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu beklagen haben, die in Ausübung ihrer Pflicht gefallen sind, unser tiefes Mitgefühl aus“, so die Bischöfe in ihrer Beileidsbekundung für die Soldaten, die bei einem islamistischen Anschlag am 8. Januar gefallen sind. Der Anschlag wurde in der Nähe des sogenannten Dreiländerecks zwischen Benin, Niger und Burkina Faso verübt. Eine dschihadistische Bewegung aus Burkina Faso griff den Grenzposten an, wobei mindestens 28 beninische Soldaten ums Leben kamen. Zu dem Angriff bekannte sich die „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“ (Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin, JNIM).

Die Präsenz islamistischer Gruppen in den Nachbarländern, insbesondere in Niger und Burkina Faso, hat die beninische Regierung gezwungen, mindestens 3.000 Soldaten im Norden des Landes einzusetzen, um bewaffnete Übergriffe zu verhindern. Die lokalen Sicherheitskräfte werden vom US-Militär unterstützt, wie der Zwischenfall am 10. Januar zeigt, bei dem ein Hubschrauber eines privaten US-Unternehmens, das im Auftrag des Pentagon medizinische Evakuierungsdienste für das örtliche Militärpersonal erbringt.

Im Hinblick auf die Jugendlichen des Landes zeigen sich die Bischöfe besorgt über die Zunahme der Internetkriminalität im Land, die eine große Zahl junger Menschen mit dem Versprechen auf „leichten Gewinn“ verführt. Nach Ansicht der Bischöfe gefährdet das Streben nach leichten Gewinnen, das oft auf Kosten der öffentlichen Sicherheit und der sozialen Integrität geht, die Zukunft der jungen Menschen und erschüttert die ethischen Grundlagen der Nation.

Angesichts der Unwirksamkeit der bisherigen Sensibilisierungskampagnen fordert die Bischofskonferenz die jungen Menschen auf, betrügerische Praktiken abzulehnen und einen Lebensstil anzunehmen, der auf Ehrlichkeit und Arbeit beruht.

Schließlich hoffen die Bischöfe, dass die bis April 2026 anstehenden Parlamentswahlen friedlich verlaufen werden, äußern sich jedoch besorgt „über das Fortbestehen politischer Spannungen, die den sozialen Frieden und den nationalen Zusammenhalt untergraben könnten“. Die Bischöfe rufen deshalb die politischen Akteure dazu auf, in ihren Positionen und Handlungen dem Dialog, dem gegenseitigen Respekt und dem besten Interesse der Nation Vorrang einzuräumen. (L.M.) (Fides 13/1/2025)

Bulgarien: Straßengottesdienste im türkischen Viertel

(Licht im Osten Weli M. aus Sliwen) erzählt dankbar: „Vor einem Jahr hatte mir der Herr aufs Herz gelegt, einen Dienst in der Stadt Straldscha zu beginnen, aber der Feind hatte uns daran gehindert. Nun konnten wir dort einen Dienst unter Türken beginnen. Ich danke Gott dafür, dass er mir die Tür dafür geöffnet hat, unter der türkischen Bevölkerung in Bulgarien zu arbeiten. So besuche ich verschiedene Gemeinden und helfe den Pastoren in ihrem Dienst. Wir durften in unserer Gemeinde, die den Namen ‚Hoffnung‘ trägt, auch eine Taufe durchführen, zehn Menschen haben in der Taufe den Bund mit dem Herrn geschlossen. Ich danke Gott auch dafür, dass er uns die Möglichkeit gegeben hat, im türkischen Viertel unserer Stadt Sliwen Straßengottesdienste zu halten.“ **Bitte beten Sie**

Ø dafür, dass Weli Mustafow und seine Mitarbeiter weiterhin erweckliche Aufbrüche in ihrem Dienst erleben und immer mehr Menschen Jesus Christus als ihren Retter und Herrn erkennen und annehmen.

Ø um viel geistliche Frucht für Welis Dienste in türkischen Gemeinden Bulgariens und für die Straßeneinsätze.

Ø um Bewahrung in allen Anfechtungen.

Ø um Stabilisierung der Gesundheit von Bahar (Welis Frau).

Ø dass sie weiterhin Gottes Versorgung erleben.

Ø für alle Mitarbeiter von LICHT IM OSTEN Bulgarien um weiterhin viel Segen bei allen Weihnachtspäckchen-Aktionen in verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen.

Deutschland: Debatte um geplantes islamisches Kulturzentrum

Es soll in einer ehemaligen Regensburger Kaufhof-Filiale eingerichtet werden

Regensburg (IDEA) – Pläne für ein islamisches Kultur- und Einkaufszentrum in einer ehemaligen Regensburger Kaufhof-Filiale haben Kritik durch Landes- und Lokalpolitiker hervorgerufen. Die Mittelbayerische Zeitung hatte zuerst über entsprechende Pläne einer internationalen Investorengruppe berichtet, die das Gebäude kürzlich erworben hatte. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) sprach gegenüber WELT TV von einem „Desaster“. Befürchtungen der Bevölkerung, dass es sich dabei um eine Provokation oder Machtdemonstration handle, seien ernst zu nehmen, so Aiwanger. Auch der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, Michael Lehner, äußerte sich laut einer Mitteilung kritisch zu den Plänen: „Ein islamisches Kulturzentrum im Herzen der Altstadt zwischen Dom und Synagoge kommt für uns nicht infrage.“ Noch ist jedoch nicht sicher, ob die Investoren darauf spekulieren, dass die Stadt Regensburg ihnen die Immobilie zu einem erhöhten Preis abkauft, um ein islamisches Kulturzentrum zu verhindern. Wie der Bayerische Rundfunk berichtete, hat Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (SPD) im Rahmen einer Pressekonferenz „Zweifel an einem ernsthaften Interesse“ der Investoren geäußert. Bislang hätten sie keinen Kontakt zur Stadt aufgenommen und seien auch nicht zu erreichen. „Die Stadt hat die Hoheit. Eine Nutzung kann nur gemeinsam betrieben werden.“ Ein islamisches Kulturzentrum in der diskutierten Größenordnung halte sie ohnehin für „nicht realisierbar“.

Eritrea: Zahl der entführten Christen der Untergrundkirche steigt weiter an

Entführte Kinder

(AVC) »Rahel weint um ihre Kinder, sie will sich nicht trösten lassen, denn ihre Kinder wurden ihr genommen.« Dieser Vers aus dem Matthäusevangelium spricht von der damaligen Trauer wegen der Verfolgung aufgrund der Geburt von Jesus. Weihnachten ist vorbei aber die Verfolgung geht weiter.

Auch heute weinen Mütter und Väter in Eritrea um ihre Kinder, weil sie verschwunden sind. Unser Partner berichtet, dass vor kurzem 39 Schüler entführt und eingesperrt wurden. Viele von ihnen sind minderjährig. Die Entführer überfielen einige dieser jungen Christen inmitten einer Gebetsveranstaltung und beendeten diese gewaltsam.

Ihr Mut sich zum Beten zu treffen, oder sich dem Studium der Bibel zu widmen, ist überwältigend. Den Preis dafür zahlen sie nun mit Gefängnis.

Wir beten,

...dass die Kinder freigelassen werden,
...dass die Eltern getröstet werden und ihr Vertrauen auf Gott setzen,
...für Erweckung in Eritrea.

Europa: Christenverfolgung stärker anprangern!

Journalist: Till-Reimer Stoldt betonte die Bedeutung der Religionsfreiheit

Berlin (IDEA) – Die westliche Staatengemeinschaft muss die Verfolgung von Christen stärker anprangern. Das forderte der Journalist Till-Reimer Stoldt in einem Kommentar in der Zeitung „Die Welt“ (Berlin) mit Blick auf den aktuellen Bericht des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors. Er bedauerte, dass die [zunehmende Zahl](#) verfolgter Christen weltweit in Deutschland wenig beachtet werde. Dabei seien Autokratien sensibel gegenüber Druck aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Als Beispiele nannte er unter anderem China und islamistisch geprägte Länder. Stoldt hob in diesem Zusammenhang das Recht auf Mission als Menschenrecht hervor: „Wenn verfolgte Christen darum kämpfen, ihren Glauben leben zu dürfen, streiten sie nicht nur für Religionsfreiheit, sondern für Freiheit schlechthin.“ Durch ihren Einsatz schüfen Christen „Gegenwelten“ zur staatlichen Propaganda totalitärer Regime, in denen oppositionelles Denken gedeihe. Es sei kein Zufall, „dass in Irans Frauenrechtsbewegung auffällig oft konvertierte Christinnen streiten“.

Haiti: "Auch wir wollen Pilger der Hoffnung sein"

sagt: Pater Massimo Miraglio

Port au Prince (Fides) - von Antonella Prenna: „Die Lage in Haiti ist inzwischen wirklich schwierig, nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den angrenzenden Gebieten, wo Banden das Gesetz diktieren. Auch in den Provinzen gibt es allmählich große Schwierigkeiten“, so Pater Massimo Miraglio (MI) gegenüber Fides in einem Bericht über die aktuelle Situation, in der sich die haitianische Bevölkerung auf das gerade begonnene Heilige Jahr vorbereitet.

Der Kamillianer-Missionar ist Pfarrer der Pfarrei Unsere Liebe Frau von der Immerwährenden Hilfe in Pourcine Pic Makaya, einem abgelegenen Dorf im bergigen Hinterland von Jeremie, 300 km von Port au Prince entfernt.

„Wir hier in Pourcine wollen Pilger der Hoffnung werden, wir wollen eine christliche Gemeinschaft werden, die den Werten folgt, die Jesus uns verkündet und gelebt und bezeugt hat. Und wir wollen auf diesem nicht einfachen Weg vorankommen, um eine Gemeinschaft von Menschen zu werden, die es verstehen, zusammenzuarbeiten, zusammenzuleben, sich gegenseitig zu lieben und die Zukunft gemeinsam zu planen.“

Pater Massimo beschreibt die enormen Schwierigkeiten eines Landes. „Jeremy erhält fast keine Lieferungen aus der Hauptstadt mehr, außer unter extrem schwierigen Bedingungen und zu sehr hohen Kosten, was sich natürlich auf den Treibstoff, die Lebenshaltungskosten und eine ganze Reihe lebenswichtiger Güter auswirkt“, so der Missionar, „Der Mangel an Treibstoff verhindert auch, dass die im Landesinneren erzeugten Früchte der Erde die Märkte von Jeremy erreichen.“, fügt hinzu, „Die Regenfälle der letzten Wochen haben die Wege und den Transport sehr, sehr schwierig gemacht, und selbst in unserer Gemeinde werden die Schwierigkeiten von Tag zu Tag größer. Mittlerweile sind die Wege in die Talsohle fast unpassierbar geworden und der Transport der Produkte nach Jeremy äußerst schwierig und teuer. Das Gleiche gilt für die Lieferungen aus der Hauptstadt von Jeremy ins Hinterland. Leider haben die jüngsten Regenfälle auch dazu geführt, dass die Bohnenernte, die wichtigste Einnahmequelle für die Bevölkerung, ausgefallen ist. Trotz allem arbeiten wir weiter, wir gehen hoffnungsvoll voran, wir versuchen, kleine landwirtschaftliche Projekte auf die Beine zu stellen, um die Bauern zu stützen, wir machen weiter mit dem Grundschulkindergarten. Im Jahr 2025 möchten wir auch das Projekt für den Standort der Krankenstation vorantreiben, die in einer so abgelegenen Gegend unentbehrlich ist, sowie den zweiten Abschnitt der Wasserleitung, der es uns ermöglichen wird, Trinkwasser in einige Regionen zu bringen, in der es dieses nicht gibt.“

„In diesem Kontext der Hoffnung, des Willens zu leben, zur Normalität zurückzukehren, die Zukunft zu planen, in diesem Schlüssel werden wir das Jubiläum leben, das Heilige Jahr hat gerade begonnen“, so Pater Massimo.

„Letzte Woche sind wir frühmorgens mit einer kleinen Delegation von Gläubigen von der Pfarrei ins Tal gegangen, um das Jubiläumskreuz in Empfang zu nehmen, das der Bischof an jede Pfarrei verteilt hatte“, bekräftigt der Missionar, „Es war kein leichter Weg auf unebenen und sehr, sehr rutschigen Pfaden wegen des unaufhörlichen Regens der letzten Wochen. Wir mussten fast fünf Stunden lang marschieren, bevor wir einen Seminaristen mit einer anderen Gruppe trafen, die nach Jeremy gekommen war. Gemeinsam hielten wir eine kleine Gebetszeit ab und gingen dann in einer Prozession den Berg hinauf in Richtung Gemeinde. Als wir an dem Fluss ankamen, der den Eingang zum Gebiet unserer Pfarrei darstellt, hielten wir an und dankten dem Herrn noch einmal in einem Moment des Gebets für all das Gute, das wir im Jahr 2024 erreichen konnten. Wir baten den Herrn, uns in diesem Jubiläumsjahr weiterhin zu inspirieren und uns zu leiten, damit jeder von uns das von Papst Franziskus gewählte Thema der Hoffnung vertiefen und verkörpern kann“.

„Nach dem Gebet machten wir uns wieder auf den letzten, anspruchsvollsten und steilsten Teil des Weges, der zur Gemeinde führte“, berichtet der Kamillianer-Missionar, „Insgesamt waren es acht Stunden Hin- und Rückweg. Als wir an den Toren des Dorfes ankamen, schloss sich auch ein Teil der Bevölkerung der Prozession an. Wir betraten das sehr einfache Gebäude, in dem wir die Messe feiern, und stellten das Jubiläumskreuz neben dem Altar auf, das uns das ganze Jahr über begleiten, unser Handeln inspirieren, unsere Worte leiten und vor allem eine Quelle der Hoffnung für die Durchführung guter Projekte und all dessen sein wird, so wie es der Herr für uns vorgesehen hat.“

„Die katholische Gemeinde von Pourcine Pic Makaya“, so Pater Massimo abschließend, „wird dieses Jubiläumsjahr mit großem Glauben und großer Hoffnung leben. Auch wir wollen aus der Ferne teilnehmen, aus unserer kleinen Pfarrei, die isoliert in den Bergen liegt, auch wir fühlen uns als Teil dieser katholischen Weltkirche, und mit der gesamten katholischen Weltkirche wollen wir dieses Jubiläumsjahr feiern, ein Heiliges Jahr, ein Jahr der Hoffnung, ein Jahr, in dem wir unsere Verpflichtungen als Christen erneuern wollen. Ein Jahr, in dem wir uns in besonderer Weise dafür einsetzen wollen, die Gemeinschaft als Ort der Brüderlichkeit, der Solidarität und des Austausches weiter aufzubauen.“

(Fides 11/1/2025)

Indien: Christen richten Petition an Präsident und Premierminister

International Christian Concern - Fast 400 christliche Leiter und 30 kirchliche Gruppen haben einen Brief an den indischen Präsidenten Droupadi Murmu und Premierminister Narendra Modi geschrieben, in dem sie dringende Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt und die systematischen Bedrohungen fordern, mit denen die christliche Gemeinschaft Indiens konfrontiert ist.

In einem Schreiben vom 31. Dezember 2024 zitieren diese Leiter und Gruppen Daten, wonach die Evangelical Fellowship of India (EFI) bis Mitte Dezember letzten Jahres mehr als 720 Vorfälle verzeichnete, die gegen Christen gerichtet waren, während das United Christian Forum (UCF) bis Ende November 2024 760 Vorfälle registrierte.

Mehr als 14 Angriffe auf christliche Versammlungen wurden auch während der Weihnachtszeit 2024 gemeldet. Die indischen Christen machen schätzungsweise 2,3 % der Gesamtbevölkerung aus.

In dem Schreiben heißt es, dass zunehmende Hassreden, insbesondere von gewählten Amtsträgern, Gewalttaten gegen Christen verstärkt haben. Mobs stören friedliche christliche Versammlungen und bedrohen ungestraft Sternsinger.

Die Unterzeichner haben den Präsidenten und den Premierminister zu einer raschen Untersuchung der Angriffe auf Minderheiten und zu einem regelmäßigen Dialog zwischen der Regierung und den Glaubensgemeinschaften aufgefordert.

„Es betrübt uns zutiefst, dass fast alle politischen Führer ... in der Unionsregierung und den Regionalstaaten sich dafür entschieden haben, sie (die gegen Christen gerichteten Handlungen) nicht zu verurteilen“, heißt es in dem Schreiben.

In dem Schreiben wird die anhaltende ethnische Gewalt im nordöstlichen Bundesstaat Manipur hervorgehoben, die in den letzten 20 Monaten mindestens 250 Menschenleben gefordert, Tausende vertrieben und zur Zerstörung von mehr als 360 Kirchen geführt hat.

In dem Schreiben werden auch systematische Konflikte angesprochen, darunter der Ausschluss von Dalit-Christen vom Reservierungsstatus für die Scheduled Caste (SC) und der Missbrauch von Anti-Konversionsgesetzen“.

Auch die Belästigung von Geistlichen, Verhaftungen ohne Kautions und die Wiederbelebung restriktiver Gesetze in vielen Bundesstaaten wie Uttar Pradesh und Arunachal Pradesh werden als Probleme genannt.

„Inklusion ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit“, heißt es in dem Schreiben, in dem die Regierung aufgefordert wird, die verfassungsmäßigen Garantien aufrechtzuerhalten und ein sicheres und alle Bürger Indiens einbeziehendes Umfeld zu gewährleisten.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören prominente christliche Führer verschiedener Kirchen und Organisationen wie Thomas Abraham, David Onesimu, Joab Lohara, Richard Howell, Mary Scaria, Cedric Prakash S.J., John Dayal, Prakash Louis S.J., Zelhou Keyho, E.H. Kharkongor, Allen Brooks, K. Losii Mao, Akhilesh Edgar, Michael Willams, A.C. Michael und Vijayesh Lal.

Berichten zufolge war einer der Hauptgründe für die Angriffe auf Christen im Laufe der Jahre die Behauptung von Hindu-Nationalisten, dass Christen versucht hätten, arme Hindus zu ihrer Religion zu bekehren, indem sie ihnen Geld und Reissäcke angeboten hätten - eine Behauptung, die die Christen bestritten haben.

Auch Mitglieder der Dalit-Gemeinschaft sind seit jeher dafür bekannt, zum Christentum zu konvertieren, um dem repressiven Kastensystem des Hinduismus zu entkommen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indien: Gott auch im Gefängnis dienen

6. Februar 2022: Pastor Rajiv feierte mit seiner Gemeinde in einem indischen Dorf Abendmahl, als drei radikale Hindu-Nationalisten seinen Gottesdienst unterbrachen. Sie beschuldigten ihn, die Menschen unter Zwang zum Christentum zu bekehren. Weil sie nicht aufhörten, seinen Gottesdienst zu stören, rief Pastor Rajiv die Polizei. Doch anstatt die Männer festzunehmen, verhafteten die Polizisten Rajiv auf der Grundlage des Anti-Konversionsgesetzes.

Die ersten zwei Wochen in der Haft waren sehr hart für Rajiv. Er machte sich Sorgen um seine Familie und seine Gemeinde. Dann besuchte Rajivs Sohn ihn im Gefängnis. Er hatte ein Neues Testament dabei. Beim Lesen sprachen Verse aus dem Matthäus-Evangelium ganz besonders zu ihm: „Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen ... Seid fröhlich und getrost; es wird euch im Himmel reichlich belohnt werden.“ (Matthäus 5,11–12)

Diese Bibelstelle änderte Rajivs Sicht auf seine Situation. „Ich wusste jetzt, dass Gott mich gebrauchen wollte, um den Gefangenen die frohe Botschaft zu verkünden“, erzählt Rajiv. Also bat er seinen Sohn, ihm beim nächsten Besuch weitere Neue Testamente mitzubringen. Die verteilte er unter den Insassen und begann zu predigen.

Zwei Monate später kam Pastor Rajiv wie durch ein Wunder frei. Allerdings darf er bis heute in seiner Gemeinde nicht predigen. Doch Rajiv lässt sich davon nicht entmutigen. Er sagt: „Jesus ist Herr unseres Lebens. Unsere Tage auf dieser Welt sind gezählt. Deshalb wollen wir für ihn leben und ihm treu bleiben“.

Bitte beten Sie mit

- für die Gemeinde Jesu in Indien, dass sie inmitten von Verfolgung standhaft bleibt. Wenn Sie Christen in Indien unterstützen wollen, freuen wir uns über Ihre Spende unter dem Stichwort „Hilfe für Christen in Indien“.

Quelle: Hilfsaktion Märtyrerkirche 15.01.2025

Israel: Christliche Soldaten

Während die Krise in und um Israel anhält, verkünden israelische Christen weiterhin das Evangelium. Ein Jugendpastor, der auch als Soldat zu den israelischen Streitkräften eingezogen wurde, berichtet, dass der Herr ihm überraschende Möglichkeiten eröffnet hat, seinen Glauben weiterzugeben. Beten Sie um Ermutigung für israelische Christen, die das Evangelium unter sehr schwierigen Umständen leben.

WORLDNEWS 313 / December Bridgeway Publications 15 2024/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

Israel: Segen für unsere Helden

In der vergangenen Woche hatten wir die unglaubliche Gelegenheit, den Soldaten, die an der Nordgrenze Israels zum Libanon stationiert sind, Ermutigung und Unterstützung zu bringen.

Diese tapferen Männer und Frauen setzen täglich ihr Leben aufs Spiel, um die Israelis vor der wachsenden Bedrohung durch die Hisbollah zu schützen.

Sie dienen unter harten Bedingungen, weit weg von zu Hause, und setzen sich ständigen Gefahren aus, um die Sicherheit unzähliger Familien zu gewährleisten. Als christliche Araber und mit der Liebe und Unterstützung von Gläubigen aus der ganzen Welt fühlten wir uns verpflichtet, diese Soldaten wissen zu lassen, dass sie nicht vergessen sind.

Neben der praktischen Hilfe überbrachten wir ihnen eine Botschaft der Dankbarkeit und Solidarität und versicherten ihnen, dass wir ihnen in Liebe, Gebet und unerschütterlicher Unterstützung beistehen.

Die Wirkung war herzerwärmend. Ein Lächeln und Worte des Dankes hallten durch die Gruppe von Soldaten, als wir die Hilfsgüter verteilten. Eine junge Soldatin war zu Tränen gerührt und drückte ihre tiefe Dankbarkeit für die Fürsorge und Freundlichkeit aus, die ihr und ihren Kameraden entgegengebracht wurde. Momente wie diese erinnern uns daran, wie sehr Taten der Liebe Hoffnung und Ermutigung vermitteln können, selbst unter den schwierigsten Umständen.

Bei diesem Einsatz geht es um mehr als nur die Befriedigung von Bedürfnissen - es geht darum, Brücken zu bauen und Trennungen zu heilen. Indem wir die Liebe Jeschuas durch unser Handeln zeigen, wollen wir gesunde Beziehungen zwischen Arabern und Juden in Israel fördern und wiederherstellen und zeigen, dass seine Liebe die Grenzen von Kultur, Herkunft und Geschichte überwindet.

www.amzi.org

Jordanien: Neue Kirche neben Jesu Taufstelle eingeweiht

Das Geld dafür kam unter anderem aus Ungarn

Amman (IDEA) – In Jordanien ist eine Kirche nahe der Taufstelle Jesu in Al-Maghtas, auch bekannt als Bethanien jenseits des Jordans, eingeweiht worden. Der Kirchenkomplex soll eines der größten christlichen Zentren im Nahen Osten sein, vergleichbar mit der Verkündigungskirche in Nazareth, der Geburtskirche in Betlehem und der Grabeskirche in Jerusalem. Die neue Kirche an der Taufstelle Jesu weihte der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Pietro Parolin, zusammen mit dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa. Parolin äußerte bei der Zeremonie: „Meine heutige Anwesenheit hier soll auf Wunsch des Papstes ein greifbares Zeichen der Verbundenheit der ganzen Kirche mit den christlichen Gemeinschaften des Nahen Ostens sein.“ In einer Zeit, in der diese Region einen schweren Umbruch erlebe, sei es wichtig, dass auch die Christen ihren Beitrag zum Aufbau einer gerechten und friedlichen Gesellschaft leisteten. Pizzaballa dankte dem jordanischen König Abdullah II. für seine Bemühungen um die Erhaltung der Taufstelle sowie Prinz Ghazi bin Muhammad für dessen Unterstützung. Der Kardinal würdigte auch das Engagement von Nadim Muasher, dem mittlerweile verstorbenen Architekten der Kirche, und die Unterstützung durch die ungarische Regierung. Laut der deutschsprachigen Nachrichtenplattform „Ungarn heute“ kofinanzierte Ungarn das Gotteshaus mit 700.000 Euro. Ziel solcher Zuwendungen sei es, die lokalen Christen und andere Minderheiten in Not in ihrem Heimatländern zu unterstützen und ihrer Auswanderung vorzubeugen. Auch die jordanische Regierung habe sich finanziell beteiligt.

Papst Benedikt XVI. legte den Grundstein

Mit der Einweihung endet die fast 15-jährige Bauzeit des Gotteshauses. Im Mai 2009 hatte Papst Benedikt XVI. (1927–2022) den Grundstein dafür gelegt. Die Kirche ist als Pilgerziel für das Jubiläumsjahr der Hoffnung 2025 der katholischen Kirche vorgesehen. Der Altar der Kirche wird unter anderem Reliquien von Papst Johannes Paul II. (1920–2005) und den elf „Heiligen Märtyrern von Damaskus“ enthalten. Ein Drusen-Kommando tötete die Franziskaner in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1860 bei einem Angriff auf ihr Kloster in der Altstadt der syrischen Hauptstadt. Das Vorfälle ereignete sich während einer Verfolgungswelle durch schiitische Drusen auf Christen, die sich vom Libanon auf Syrien ausbreitete und Tausende von Opfern forderte. Am 20. Oktober 2024 sprach Papst Franziskus die elf Männer heilig.

Kongo: In Nord-Kivu - Schwere Gefechte zwischen Armee und M23

Kinshasa (Agenzia Fides) - Mehr als 290.000 Menschen waren im Dezember aufgrund von Kämpfen in der Region Lubero in Nord-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, zur Flucht gezwungen. Dies geht aus dem jüngsten Bericht des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hervor. Diese Flüchtlinge kommen zu denen hinzu, die bereits zuvor aus verschiedenen Gebieten in Nord-Kivu vertrieben wurden. Nach Angaben des OCHA beläuft sich die Gesamtzahl der Vertriebenen in der kongolesischen Provinz auf 2,7 Millionen.

Dem Bericht zufolge „verschlechterte sich die humanitäre Lage in der Region Lubero in Nord-Kivu im Dezember 2024 aufgrund der anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Rebellenbewegung M23 weiter. Die Wiederaufnahme der bewaffneten Angriffe der Rebellengruppe ADF (Allied Democratic Forces) gegen die Zivilbevölkerung hat die Verwundbarkeit der ohnehin schon geschwächten und mehrfach vertriebenen Bevölkerung noch verschlimmert. Im südlichen Lubero haben die anhaltenden Kämpfe zwischen den kongolesischen Streitkräften (Forces Armées de la République Démocratique du Congo, FARDC) und der M23 mehr als 290.000 Menschen im Norden, Nordosten, Nordwesten und Süden des Gebiets vertrieben“.

Die beiden Rebellengruppen, auf die sich der Bericht bezieht, haben unterschiedliche Ursprünge. Die ADF (Allied Democratic Forces) ist eine ugandische Rebellengruppe, die sich seit langem in Nord-Kivu und Ituri etabliert hat und die lokale Bevölkerung terrorisiert. Im Jahr 2019 gab die ADF ihre Zugehörigkeit zum Islamischen Staat bekannt, was ihre islamistische Ausrichtung unterstreicht.

Die M23 ist eine Gruppe, die von Ruanda mit Waffen und eigenen Soldaten unterstützt wird, wie aus dem Bericht des UN-Expertengremiums für die Demokratische Republik Kongo vom 27. Dezember hervorgeht, der die entscheidende Unterstützung der kongolesischen bewaffneten Rebellenbewegung durch ruandische Truppen und die Ausrüstung mit „Hightech“-Waffen und Geheimdienstinformationen bei der Fortsetzung ihrer Gebietseroberungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo dokumentiert.

Seit Anfang des Jahres haben sich die Kämpfe in der Provinz verschärft, auch im Zusammenhang mit dem Scheitern der Friedensgespräche in Luanda (Angola) Mitte Dezember. Insbesondere geht es dabei um die Kontrolle von Masisi, der Hauptstadt des gleichnamigen Gebiets, die in den letzten Tagen dreimal zwischen der M23 und den Soldaten der kongolesischen Armee, unterstützt von regierungsfreundlichen „Wazalendo“-Milizen, gewechselt hat. Während die Stadt wieder in den Händen der Regierung ist, kontrollieren die Rebellen die Hügel oberhalb der Stadt, von denen aus sie neue Angriffe starten können. Die reguläre Armee und regierungsnahe Milizionäre versuchen nun, die Kontrolle über die Hügel zurückzugewinnen, um die Stadt zu sichern.

Die Stadt Masisi liegt 80 km von der Hauptstadt von Nord-Kivu, Goma, entfernt, die seit Monaten von den M23-Kräften eingekesselt ist.

(L.M.) (Fides 10/1/2025)

Myanmar: Lebensmittelpakete für die Karen

In Myanmar hat die ethnische Minderheit der Karen ihre Wurzeln. Da sie aber in ihrer Heimat seit Jahren verfolgt werden, flüchten viele von ihnen in die Nachbarländer. 30 Prozent der Flüchtlinge sind Christen. Als Flüchtlinge finden sie oftmals keine Arbeit und leben unterhalb der Armutsgrenze. Darunter leiden vor allem die Kinder. Sie sind oft mangelernährt.

Darum hilft unser Projektpartner vor Ort jeden Monat 400 christlichen Familien mit Lebensmittelpaketen. Den Buddhisten unter den Karen bringt unser Partner neben praktischer Hilfe vor allem Gottes Wort und Liebe und macht sie mit Jesus bekannt.

Bitte beten Sie mit

- für das Volk der Karen, dass viele von ihnen ihre Herzen für Jesus öffnen und ihn als ihren Herrn annehmen.

Quelle: Hilfsaktion Märtyrerkirche vom 15.01.2025

Nigeria: Rund 50 Christen bei Angriffen in der Weihnachtszeit ermordet

Bei den Tätern handelt es sich mutmaßlich um Fulani-Hirten

Abuja (IDEA) – Bei Angriffen mutmaßlicher Fulani-Kämpfer auf überwiegend christliche Dörfer in Zentralnigeria kamen in der Weihnachtszeit rund 50 Menschen ums Leben. Seit Jahresbeginn wurden zudem drei weitere getötet. Das berichtete die christliche Internetplattform Morning Star News unter Berufung auf einheimische Quellen. Demnach töteten muslimische Fulani-Hirten am 6. Januar drei Christen bei einem Angriff auf ein Dorf im Bundesstaat Plateau. Bei einem weiteren Überfall in der Nacht auf den 22. Dezember waren 15 Menschen, darunter ein einjähriges und ein 13-jähriges Kind, ermordet worden. Der schwerste Angriff ereignete sich jedoch am 25. Dezember, als fünf überwiegend christliche Dörfer im Bundesstaat Benue angegriffen und dabei am ersten Weihnachtstag 33 Menschen getötet wurden. Allein im Dorf Anwase seien 21 Leichen gefunden worden. Der Gouverneur des Bundesstaates Benue, Hyacinth Alia, habe bereits über seinen Pressesprecher erklären lassen, dass er dafür sorgen werde, dass die Angreifer gefasst und vor Gericht gestellt würden. „Ich kann Ihnen versichern, dass die Täter für diese Tat teuer bezahlen werden. Sie mögen denken, dass sie nicht bekannt sind, aber es kann nicht zugelassen werden, dass sie weiter so etwas tun. Es ist nur eine Frage der Zeit.“

Die Täter griffen trotz Ausgangssperren an

Laut Morning Star News hatte es im Vorfeld Hinweise auf unmittelbar bevorstehende Angriffe gegeben, da sich größere Gruppen von Fulani in der Region versammelt hatten und die christlichen Dorfbewohner bedrohten. Als Reaktion darauf hatte die Polizei die Sicherheitsvorkehrungen für Teile des Landes während der Weihnachts- und Neujahrsfeiern erhöht und regionale Ausgangssperren verhängt. Dadurch sollte eine Wiederholung des [Massakers](#) vom Weihnachtsabend 2023 verhindert werden, als bei Angriffen der Fulani mehr als 200 Menschen getötet wurden. Im Weltverfolgungsindex der christlichen Organisation Open Doors (Kelkheim) liegt Nigeria auf Rang sechs. Von den über 220 Millionen Einwohnern des Landes sind jeweils rund 49 Prozent Kirchenmitglieder oder Muslime.

Nigeria: Zwei im Südosten entführte Ordensschwestern freigelassen

Abuja (Fides) - „Mit Freude gebe ich bekannt, dass unsere lieben Schwestern Vincentia Maria Nwankwo und Grace Mariette Okoli, die am Abend des 7. Januar 2025 entführt wurden, bedingungslos und bei guter Gesundheit freigelassen wurden“. Mit diesen Worten gab die Kongregation der Schwestern vom Unbefleckten Herzen Mariens von Onitsha die Freilassung der beiden Schwestern bekannt, die am vergangenen 7. Januar im Bundesstaat Anambra im Südosten Nigerias entführt worden waren ([vgl. AKREF vom 9/1/2025](#)).

„Wir danken Gott und allen für die Gebete und die Unterstützung in diesen schwierigen und unsicheren Tagen“, heißt es in dem Kommuniqué abschließend.

(L.M.) (Fides 13/1/2025)



Nordkorea: Härteste Christenverfolgung mit Hilfe aus China

Open Doors veröffentlicht den neuen Weltverfolgungsindex

Presse-Meldung von Open Doors

(KELKHEIM) – Gewalt und Restriktionen gegen Christen haben im vergangenen Jahr weltweit zugenommen und drängen sie immer stärker in den Untergrund. Verantwortlich dafür sind religiös und politisch motivierte Gruppen sowie autokratische Regime wie etwa in Nordkorea. Hier verfolgt man Christen seit Jahrzehnten mit brutaler Härte, zuletzt verstärkt mit Unterstützung aus China.

Diese Beobachtungen sind Teil des neuen Weltverfolgungsindex, den das internationale Hilfswerk Open Doors am 15. Januar 2025 veröffentlicht hat. Open Doors setzt sich seit 70 Jahren in mittlerweile über 70 Ländern für verfolgte Christen ein.

Die ersten zehn Länder der Rangliste – hier werden Christen am härtesten verfolgt:

1. Nordkorea
2. Somalia
3. Jemen
4. Libyen
5. Sudan
6. Eritrea
7. Nigeria
8. Pakistan
9. Iran
10. Afghanistan

Das bevölkerungsreichste Land Indien belegt wie im Vorjahr Rang 11, China hat sich von Rang 19 auf 15 verschlechtert.

Nordkorea, China, Türkei: Autokratische Systeme als Treiber der Verfolgung

Wer in Nordkorea als Christ entdeckt wird, muss um sein Leben fürchten, mindestens aber mit der Einweisung in eines der berüchtigten Straflager rechnen. Dort sind Folter und missbräuchliche Gewalt in jeglicher Form an der Tagesordnung, wobei Christen Berichten zufolge oft zusätzliche Härten erleiden. Sie gelten wegen ihres Glaubens als Staatsfeinde. Die wenigen erfolgreichen Fluchtversuche aus Nordkorea über die Grenze nach China enden häufig mit der Deportation der Geflüchteten durch chinesische Grenzbeamte – ein Verstoß gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte. In China geraten Christen immer stärker unter den Druck des offiziell atheistischen Staates mit seinen strikten ideologischen Vorgaben und engmaschiger Überwachung. Die dabei eingesetzte Technik wird auch nach Nordkorea und zahlreiche weitere Länder exportiert. Die Zeiten, als nichtregistrierte „Hauskirchen“ sich in China an öffentlichen Orten wie in Hotels oder Bürogebäuden versammeln konnten – oftmals zu mehreren Hundert – sind vorbei.

Auch die Lage der Christen in der Türkei hat sich verschlechtert. Unter der Herrschaft von Präsident Erdogan ist religiöser Nationalismus zu einer prägenden Kraft innerhalb der islamischen Gesellschaft geworden. Christen und christliche Kirchen sind immer wieder verbaler und auch tätlicher Gewalt ausgesetzt; im aktuellen Berichtszeitraum wurden zwei Christen getötet.

Der Weltverfolgungsindex (WVI) 2025 – Zahlen und Hintergründe

- 4.476 Christen weltweit wurden in Zusammenhang mit der Ausübung ihres Glaubens getötet (WVI 2024: 4.998). Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen.
- Angriffe auf Häuser von Christen nahmen von 21.431 (2024) auf 28.368 erneut deutlich zu.
- 16 Millionen Christen in Subsahara-Afrika wurden aufgrund von Gewalt und Konflikten gewaltsam vertrieben (WVI 2024: 16,2 Mio.).
- 380 Millionen Christen weltweit sind wegen ihres Glaubens mindestens in hohem Maße Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt (WVI 2024: 365 Mio.).

Der Weltverfolgungsindex listet die 50 Länder auf, in denen Christen weltweit am härtesten wegen ihres Glaubens verfolgt und diskriminiert werden und deckt in seiner aktuellen Ausgabe den Berichtszeitraum vom 1.10.2023 bis zum 30.09.2024 ab. Die deutlichste Verschlechterung ihrer Lage erleiden die Christen im zentralasiatischen Kirgisistan. Zu den größten globalen Herausforderungen für Christen zählt wie schon im Vorjahr das hohe Maß tödlicher Gewalt in weiten Teilen des afrikanischen Kontinents. Die Entwicklung hat sich fortgesetzt und mit dem Tschad auch das zweite Land erfasst, das neben Kirgisistan neu auf dem Index ist.

Pakistan: 20 Christen wegen Blasphemie seit insgesamt 134 Jahren inhaftiert

International Christian Concern - Eine Analyse von Daten der United States Commission on Religious Freedom (USCIRF) durch International Christian Concern (ICC) hat ergeben, dass 20 Christen in Pakistan wegen des Verbrechens der Blasphemie seit insgesamt 134 Jahren hinter Gittern sitzen.

Die USCIRF ist eine Kommission der US-Regierung, die die Rechte der Religionsfreiheit im Ausland überwacht. Aufgrund der Geheimhaltung, die viele ausländische Regierungen umgibt, ist es laut USCIRF „schwierig, umfassende Informationen über alle Opfer zu erhalten, zu bestätigen und zu verifizieren. Es ist auch unmöglich, alle Vorfälle von Verfolgung zu erfassen“.

Zwischen 2002 und 2023 wurden die Christen in verschiedenen Fällen wegen angeblicher Verbrechen festgenommen oder inhaftiert, darunter „Beleidigung des Propheten Mohammed“, ein Verbrechen, das nach pakistanischem Recht mit dem Tod bestraft wird, „Schändung des Korans“ und „Absicht, religiöse Gefühle zu verletzen“. Alle 20 sind auch heute noch inhaftiert.

Zehn der 20 Christen haben ihre Strafe erhalten, wobei neun zum Tode und einer zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Die anderen 10 bleiben im Gefängnis und warten auf das Urteil in ihrem Fall. Obwohl Todesurteile in Pakistan nicht zu tatsächlichen Hinrichtungen führen, müssen die Angeklagten jahre- oder sogar jahrzehntelang im Gefängnis bleiben.

Einer der Christen, Asif Pervaiz, hat Berichten zufolge eine Textnachricht an seinen Manager in einer Fabrik geschickt, die als Beleidigung des Propheten Mohammed angesehen wurde. Pervaiz wurde 2013 festgenommen und im Jahr 2020 verurteilt. In dem Gerichtsbeschluss in Pervaiz' Fall, der Berichten zufolge von Reuters eingesehen wurde, heißt es, dass der Christ wegen „Missbrauchs“ seines Telefons „bis zu seinem Tod am Hals aufgehängt werden soll“.

In einem anderen Fall wurden die Freunde Adil Babar und Simon Nadeem, beide zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung im Jahr 2023 Teenager, festgenommen, weil sie einen Hund „Muhammad Ali“ genannt haben sollen. Nach Angaben der USCIRF wurden sie wegen „Beleidigung des Propheten Mohammed“ angeklagt und warten nun auf ihr Urteil.

Christen spüren oft die Hauptlast der strengen pakistanischen Gesetze gegen die Religionsfreiheit. Laut dem neuen Global Persecution Index des ICC, seinem jüngsten Bericht über die Verfolgung von Christen in aller Welt, nehmen die Einschränkungen der Religionsfreiheit in Pakistan zu und werden immer repressiver.

„Trotz jahrelanger internationaler Bemühungen, diese [Blasphemie-]Gesetze aufzuheben oder abzuschwächen, hat Pakistan das Gesetz nur noch verschärft, indem es im Jahr 2023 eine Gesetzgebung zur Verschärfung des Strafmaßes für Blasphemie verabschiedete“, heißt es in dem Bericht.

Die pakistanischen Blasphemiegesetze erlauben es den Behörden und muslimischen Mobs, Christen wegen ihres Glaubens zu inhaftieren, zu bedrohen und anzugreifen.

Ein ICC-Mitarbeiter erklärte: „Die Verfolgung von Christen in Pakistan, sei es aufgrund von Blasphemie oder Zwangskonvertierung, wird immer häufiger, und sie bleibt oft ungestraft. Die Verfolgung wird weiter zunehmen, bis die Verfolger vor dem Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Pakistan: Hacker nutzen Blasphemiegesetze für Erpressung

Menschenrechtsanwältin warnt vor verheerenden Auswirkungen für Christen

Islamabad (IDEA) – In Pakistan sitzen rund 450 Menschen aufgrund einer neuen Erpressungsmasche einer Hacker-Gruppe unschuldig im Gefängnis. Das berichtet die italienische Internetplattform „Bitter Winter“ (Turin) unter Berufung auf eine Pressekonferenz von Angehörigen der Inhaftierten in Islamabad. Die Hacker nutzen dabei die strengen Blasphemiegesetze des Landes aus: Sie stellen im Namen ihrer Opfer Inhalte online, die den Islam beleidigen, und zeigen diese dann bei der Polizei an. Anschließend fordern die Verbrecher Geld von den Opfern. Zahlen die Erpressten, ziehen die Hacker ihre Anzeige als „Irrtum“ zurück. Wenn die Opfer nicht zahlen, werden sie wegen Blasphemie angeklagt, worauf nach pakistanischem Recht die Todesstrafe stehen kann.

Anthony: Eine Form der Cyberverfolgung

Laut „Bitter Winter“ soll die Hackerbande Verbindungen zur radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labaik Pakistan (TLP) haben. Die TLP ist unter anderem für die meisten Anzeigen aufgrund von Blasphemievorwürfen gegen Christen und Anhänger der muslimischen Minderheit der Ahmadiyya verantwortlich. Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte die Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony (Lahore): „Aus meiner Sicht kann dieses ‚Geschäft‘ der Hacker als eine Form der Cyberverfolgung eingestuft werden, die durch religiösen Extremismus und Habgier angeheizt wird.“ Anthony verurteilte das Vorgehen der Erpresser scharf: „Die Auswirkungen auf die Situation der Christen in Pakistan sind verheerend. Diese Angriffe schaffen eine Kultur der Angst, in der Christen anfällig für falsche Anschuldigungen und Verfolgung sind.“ Die hohe Zahl der Inhaftierten mache deutlich, wie dringlich es sei, sich mit diesem Problem zu befassen. Angehörige religiöser Minderheiten, etwa Christen, werden überproportional häufig der Blasphemie bezichtigt, oft aufgrund von persönlichen Streitigkeiten oder Missgunst. Laut dem „Zentrum für Soziale Gerechtigkeit“ (Center For Social Justice/CSJ) in Lahore wurden in Pakistan seit 1987 rund 2.500 Personen wegen Blasphemie angeklagt, darunter **291 Christen**. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Pakistan: Islamisten arbeiten mit pakistanischen Beamten in Fällen falscher Blasphemie zusammen

Fünf Opfer wurden in Gewahrsam zu Tode gefoltert.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/16.01.25 - Familien von Opfern falscher Blasphemie-Fälle protestieren am 10. Januar 2025 vor dem National Press Club in Islamabad, Pakistan.

Eine islamistische Bande hat in den letzten Jahren in Pakistan mehr als 450 Menschen mit falschen Blasphemie-Anklagen in die Falle gelockt, darunter fünf, die in der Haft zu Tode gefoltert wurden, so Menschenrechtsanwälte.

Die „Blasphemie-Geschäftsgruppe“ hat in Absprache mit Bundesermittlern zahlreiche Familien ins Verderben gestürzt, sagten die Anwälte Usman Warraich, Imaan Hazir-Mazari und Rana Abdul Hameed auf einer Pressekonferenz am Freitag (10. Januar) in der Bundeshauptstadt Islamabad. Als häufige Ziele von Blasphemievorwürfen sind Christen in Pakistan ernsthaft gefährdet, Opfer dieser Gruppe zu werden.

Die islamistische Gruppe verbreitet blasphemische Inhalte im Internet und erhebt dann falsche Anschuldigungen, wobei sie die Familien der Beschuldigten um hohe Geldsummen erpresst, so die Anwälte unter Berufung auf einen [Bericht](#) der Sonderabteilung der Punjab-Polizei aus dem vergangenen Jahr, in dem eine organisierte Bande hinter der jüngsten Zunahme von Blasphemiefällen ausgemacht wurde.

Ein separater Bericht der Nationalen Menschenrechtskommission (NCHR) vom Oktober, der die Erkenntnisse der Polizei bestätigt, beschreibt, wie unschuldige Menschen unter aktiver Beteiligung von Beamten der Federal Investigation Agency (FIA) in die Falle gelockt wurden, so die Menschenrechtsanwälte.

Der NCHR-Bericht hob hervor, dass die meisten Opfer der unteren Einkommensschicht oder der Mittelschicht angehörten. Mehr als 150 Opfer des „Blasphemie-Schwindels“ werden im Adiala-Bezirksgefängnis festgehalten, 170 im Bezirkslagergefängnis und im Kot-Lakhpat-Gefängnis in Lahore und 55 im Zentralgefängnis von Karatschi, so Warraich.

Die Bande habe junge Männer und Frauen rekrutiert, die sich in den sozialen Medien mit Menschen angefreundet und sie in ein „sicheres Haus“ im G-8-Sektor von Islamabad gelockt hätten, sagte er.

„Mehrere junge Opfer, die dieser Bande in die Falle gegangen sind, haben berichtet, dass sie, als sie in das besagte Haus kamen, von den Bandenmitgliedern nackt ausgezogen und gefoltert wurden, wobei die Bandenmitglieder ihre Tortur auch auf Video aufnahmen“, sagte Warraich.

Fünf Muslime, darunter eine 22-jährige Frau, Fatima Jahangir, wurden unmenschlicher Folter ausgesetzt, die letztlich zu ihrem tragischen Tod führte, sagte er.

„Ein Waisenjunge namens Syed Ali Hasnain wurde im Adiala-Gefängnis getötet. Ein junger Mann aus Rawalpindi, Syed Abdullah Shah, wurde von dieser Gruppe in Zusammenarbeit mit der FIA gefoltert und ermordet“, sagte Warraich. „Fatima Jahangir starb im Kot-Lakhpat-Gefängnis in Lahore, während ein weiterer 22-jähriger Junge, Safeer Ullah, im Camp-Gefängnis in Lahore sein Leben verlor.“

Ein weiterer Jugendlicher namens Suhan Khan sei im Zentralgefängnis von Karatschi innerhalb von drei bis vier Tagen zu Tode gefoltert worden, sagte er. Die islamistische Bande feiere öffentlich, wenn ein Gericht eine Kaution ablehne oder ein Opfer verurteile. „Zu den Feierlichkeiten gehören das Verteilen von Süßigkeiten, das Bekränzen der Mitglieder und das gegenseitige Verschenken von Schwertern, und die Videos werden in den sozialen Medien weit verbreitet. Sie verbreiten auch die Namen und Adressen der Familien der Opfer und ihrer Anwälte in den sozialen Medien, um sie einzuschüchtern.“

Nachdem die Gerichte die Opfer verurteilt haben, würden islamische Führer in den Moscheen ihrer jeweiligen Stadtviertel gegen sie hetzen, um die Anwohner gegen ihre Familien aufzubringen, sagte er. Während der Verfahren belästige die islamistische Gruppe die Familien der Opfer und rufe im Gerichtssaal Parolen, um die Richter unter Druck zu setzen, Unschuldige zu verurteilen.

Die Anwältin am Obersten Gerichtshof Rana Abdul Hameed, die Shagufta Kiran vertrat, eine Christin, die am 18. September in einem von einem Mitglied der islamistischen Bande eingereichten Blasphemieverfahren zum Tode verurteilt wurde, sagte, dass die falschen Anschuldigungen ernsthafte Fragen über die Integrität des pakistanischen Rechtssystems aufwerfen.

„Diese Fälle sind nicht nur unbegründet, sondern auch ein Schandfleck für die Justiz“, kritisierte Hameed die Regierung und die Justiz für ihr Schweigen.

Hameed ging näher auf die Geschäftspraktiken der Blasphemie-Unternehmensgruppe ein und beschrieb sie als gewinnorientiertes Syndikat, das darauf abzielt, Angst zu schüren und Familien auszubeuten.

Hazir-Mazari, eine bekannte Menschenrechtsanwältin, sagte auf der Pressekonferenz, dass es in Pakistan ein systemisches Versagen bei der Behandlung falscher Blasphemiefälle gebe.

„Den Gerichten, mit Ausnahme der Provinz Sindh, fehlt der Mut, diese Fälle anzuhören“, sagte sie. „Dieses Schweigen ist ein erhebliches Hindernis für die Gerechtigkeit.“

Hazir-Mazari bedauerte, dass Hunderte von Menschen aufgrund erfundener Blasphemievorwürfe in Gefängnissen schmachten.

Auch Familienangehörige einiger Opfer wandten sich an die Medien und berichteten, wie die Bande Blasphemievorwürfe unter Verwendung gefälschter Adressen erfindet und die Opfer einschüchtert, um Geld zu erpressen. Saeeda Bibi, Mutter eines sehbehinderten Muslims, der fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt wurde, Muhammad Zamzam, berichtete, wie er von FIA-Beamten misshandelt und in einem falschen Fall in Lahore verhaftet wurde, obwohl FIA-Beamte ein Bestechungsgeld von 100.000 Rupien (360 USD) verlangten.

„Als wir die Mitteilung der FIA erhielten, brachte ich meinen Sohn selbst zu den Behörden, um seine Unschuld zu beweisen, da er auf beiden Augen blind ist“, sagte Bibi. „Doch anstatt fair behandelt zu werden, verlangte die FIA Geld, aber selbst nachdem wir das Bestechungsgeld gezahlt hatten, ließen sie meinen Sohn nicht frei.“

Die Anwälte und Familien der Opfer sagten, dass trotz der Meldung dieser Bedenken bei verschiedenen Regierungsbehörden nichts unternommen wurde, um die Menschen zu schützen.

„Wir haben diese Angelegenheit dem Büro des Präsidenten, dem Büro des Premierministers, dem Obersten Richter Pakistans, der Kabinettsabteilung, dem Generaldirektor der FIA, dem Ministerium für Menschenrechte, dem Innenministerium, dem Ministerium für Recht und Justiz und der Führung aller etablierten politischen Parteien zur Kenntnis gebracht, aber bisher hat keiner von ihnen etwas unternommen“, heißt es in einer Erklärung.

Sie forderten die Regierung auf, angesichts der von der Polizei und der NCHR vorgelegten Berichte eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen. Sie forderten außerdem, dass alle Verfahren in diesen Fällen bis zum Abschluss der Ermittlungen ausgesetzt werden und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

„Wir fordern die Justiz außerdem auf, faire Gerichtsverfahren für die Opfer zu gewährleisten und rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um das verächtliche Verhalten der Mitglieder der Blasphemie-Geschäftsgruppe in Gerichtssälen einzudämmen“, forderten sie.

Pakistan belegte auf der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors den siebten Platz der schwierigsten Orte, an denen man Christ sein kann, wie bereits im Vorjahr.

<https://morningstarnews.org/2025/01/islamists-collude-with-pakistani-officials-in-false-blasphemy-cases/>

Pakistan: Jubiläum der Hoffnung beginnt unter Ziegelofenarbeitern

Lahore (Fides) - Ein Ort der Not und des Todes kann zu einem Ort des Lebens und der Hoffnung werden. In diesem Geist begann das Jubiläumsjahr 2025 für die Menschen in Kot Radha Kishan in der pakistanischen Provinz Punjab, einem Ort, an dem Ton abgebaut und Ziegel von Hand gebrannt werden. Kapuzinerpatres aus der nahegelegenen Stadt Bhai Pheru besuchten zusammen mit jungen Katholiken die Ziegelbrennerei in Kot Radha Kishan, wo 2014 zwei christliche Eheleute, Shama und Shazad Bibi, gelyncht und bei lebendigem Leib verbrannt wurden, weil sie zu Unrecht der Gotteslästerung beschuldigt worden waren.

„Wir wollten die Hoffnung mit den Notleidenden und Ausgegrenzten der Gesellschaft teilen“, so Pater Qaiser Feroz (Ofm Cap) gegenüber Fides. „So wollten wir das Jubiläum der Hoffnung in Pakistan beginnen: indem wir Solidarität und Nähe mit den sehr armen Familien der Ziegelofenarbeiter im Dorf Chak 69 in Kot Radha Kishan teilen. Genau dort, wo das christliche Ehepaar ermordet wurde, keimt heute das Gute“. Kapuzinerpatres und freiwillige Helfer verteilten Lebensmittelpakete als Geste der Hoffnung und Liebe und suchten das Gespräch mit den Ziegelofenarbeitern, um sie zu ermutigen und gemeinsam zu beten. Die Familien brachten Freude und Dankbarkeit zum Ausdruck. Pater Feroz wandte sich an die Arbeiter, die oft in Halbsklaverei oder „Schuld knechtschaft“ arbeiten, und sagte: „Christus ist unsere und eure Hoffnung: Er ist immer bei euch, ihr seid nie allein in diesem Kampf des alltäglichen Lebens“.

Der Kapuziner, Pfarrer in Bhai Pheru im Bezirk Kasur, ist auch Direktor der Kommission für soziale Kommunikation der pakistanischen Bischofskonferenz. Begleitet wurde er von andere Ordensleute, einem Diakon und Jugendlichen aus seiner Pfarrei, die zu Beginn des Heiligen Jahres „den Armen und Ausgegrenzten Hoffnung bringen wollten“.

An jenem Ort, erinnert sich Arif, ein Christ aus Kot Radha Kishan, „gerieten die beiden Eheleute unter falschen Anschuldigungen ins Visier eines Mobs, und weder der Besitzer des Ofens noch die Polizei konnten den Lynchmord verhindern. Der Besitzer des Ofens konnte einige Tage nach dem Vorfall den Schock nicht verkraften und starb. Die brutale Tat wurde von einem Imam angestiftet, der die beiden über den Lautsprecher der Moschee beschuldigte, den Koran zu entweihen. Die gesamte Gemeinde war lange Zeit schockiert und verängstigt. Jetzt hoffen wir, dass diese Wunden geheilt werden und ein Keim der Hoffnung wieder aufblüht“.

Im Heiligen Jahr 2025 haben es sich in Pakistan die katholischen Gemeinden, insbesondere in der Provinz Punjab, zu einer pastoralen Priorität gemacht, Familien zu helfen, die im Netz der „Sklavenarbeit“ (wie Papst Franziskus es nannte) gefangen sind, die in den Tonfabriken des pakistanischen Punjab weit verbreitet ist. Zu den betroffenen Familien gehören oft junge Menschen, aber auch ältere Menschen, Frauen und Kinder: Sie alle sind durch die Praxis des „peshgi“ gefangen, eines Lohnvorschusses, den der Arbeiter vom Arbeitgeber für einen Eigenbedarf erhält und der zu einer Schuld wird. Diese Schulden häufen sich an und schaffen aufgrund der Zinsen ein System ständiger Abhängigkeit, das zu einer modernen, legalisierten Form der Sklaverei wird. Das Phänomen ist in Pakistan weit verbreitet, einem Land, das auf dem von „Global Slavery“ erstellten Index an sechster Stelle steht. Dort wurden 2,3 Millionen Sklaven im Land gezählt, was 1,13 % der gesamten pakistanischen Bevölkerung entspricht.

Oft sind vor allem christliche und hinduistische Familien, die zu den ärmsten Schichten der pakistanischen Bevölkerung gehören, Opfer des Systems und werden zu „Schuldsklaven“, die ihr gesamtes Leben auf die Gnade skrupelloser Arbeitgeber setzen müssen. So kommt es beispielsweise vor, dass eine dieser Familien den Arbeitgeber um ein Darlehen für eine medizinische Behandlung bittet. Der Arbeitnehmer ist nicht in der Lage, die Schulden zurückzuzahlen, die manchmal nicht einmal mit seinem Tod getilgt werden, sondern auf die nächste Generation übergehen und Generationen von Sklaven hervorbringen.

(PA) (Fides 10/1/2025)

Pakistan: Zwei Christen getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/16.01.25 - Zwei Christen wurden bei getrennten Vorfällen in Gujranwala, Pakistan, erschossen.

Der 25-jährige Suleman Iqbal wurde am Sonntag, dem 29. Dezember, angegriffen, was eine christliche Interessenvertretung als „Fall religiöser Diskriminierung“ bezeichnete.

Suleman wurde [von fünf Männern](#) auf Motorrädern überfallen und in den Bauch geschossen. Sein jüngerer Bruder Dawood wurde ebenfalls angeschossen, überlebte seine Verletzungen jedoch knapp.

Suleman wurde nach dem Angriff ins Krankenhaus gebracht, erlag jedoch am 1. Januar 2025 seinen Verletzungen.

Ein örtlicher Kirchenführer sagte, dass Sulemans Erfolg in der Landwirtschaft ihn zur Zielscheibe gemacht habe.

Sechs Monate vor der Schießerei hatte Suleman aufgrund eines Streits um Land, das er von der Regierung gepachtet hatte, Drohungen, Belästigungen und Angriffe, einschließlich der Zerstörung von Feldfrüchten, ertragen müssen.

„Suleman war eine sehr sanfte Seele und ein engagierter Christ“, sagte sein Vater. „Er hatte vor einigen Monaten geheiratet. Die grausamen Kriminellen haben seine junge Frau zur Witwe gemacht und eine Lücke in unserem Leben geschaffen, die nie gefüllt werden kann.“

Vier der fünf Angreifer wurden festgenommen.

Bei einem weiteren Vorfall am 6. Januar, ebenfalls in Gujranwala, wurden eine Mutter und ihre Tochter [bei einem grundlosen Angriff](#) angeschossen.

Shabana Bibi und ihre jugendliche Tochter Misbah waren auf dem Heimweg von der Arbeit, als sie von zwei Männern auf einem Motorrad angesprochen und beschossen wurden.

Shabana war sofort tot, während Misbah, die in den Rücken geschossen wurde, ins Krankenhaus gebracht wurde. Ihr Zustand ist nach wie vor kritisch.

Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, um die Angreifer zu identifizieren und festzunehmen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/two-christians-killed-in-separate-shootings-in-pakistan/>

Sudan: Behörden verbieten Weihnachtsgottesdienst

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/16.01.25 - Behörden im Sudan haben Kriegsvertriebene christlichen Glaubens daran gehindert, Weihnachten in einem Park zu feiern, in dem sie Zuflucht gesucht hatten.

In der Stadt Wadi Halfa im Bundesstaat Nord-Sudan waren die vertriebenen Christen schockiert, als Sicherheitsbeamte ihnen in dem Park, in dem sie provisorische Unterkünfte errichtet hatten, mitteilten, dass sie eine Genehmigung für die Abhaltung des Weihnachtsgottesdienstes am 25. Dezember benötigten, was im Widerspruch zu den Aussagen der nationalen Sicherheitsbehörden stand, wie Pastor Mugadam Shraf Aldin Hassan von der United Church of Smyrna berichtete.

Sicherheitsbeamte im Park teilten der Kirche mit, dass christliche Aktivitäten in muslimischen Gebieten ohne vorherige schriftliche Genehmigung nicht erlaubt seien.

Die Kirche hatte am 21. Dezember um Erlaubnis gebeten, Weihnachten im Park feiern zu dürfen, und ein Beamter hatte mündlich seine Zustimmung erteilt, sie aber angewiesen, keine Mikrofone und andere Tonanlagen zu verwenden, sagte Pastor Hassan.

Am Tag der Feier forderten die Sicherheitsbeamten jedoch eine schriftliche Genehmigung.

Die Behörden wiesen ihn und einen anderen Pastor an, sich bei einem Büro der Spezialeinheiten des Militärs zu melden, wo sie verhört und ihre Notizbücher durchsucht wurden.

Um eine schriftliche Genehmigung zu erhalten, schrieb die Kirche drei Briefe – einen von einem interkirchlichen Komitee in Wadi Halfa und zwei von der United Church of Smyrna – in denen sie um die Erlaubnis bat, einen Weihnachtsgottesdienst abzuhalten, Weihnachtslieder zu singen und das neue Jahr zu feiern, aber die Behörden antworteten nicht, sagte Pastor Hassan.

Der Sudan hat die Internationale Konvention über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, und der christliche Anwalt und Menschenrechtsaktivist Shinbago Mugadam sagte, dass die Forderung der Behörden nach einer Genehmigung gegen Artikel 18 der ICCPR über das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verstoße. Artikel 21 der ICCPR sieht das Recht auf friedliche Versammlung vor.

„Die Regierung von Wadi Halfa sollte allen Religionen gegenüber fair sein“, sagte Mugadam gegenüber Morning Star News und forderte die Behörden auf, Christen nicht zu schikanieren.

Seit April 2023 kämpfen Kämpfer der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) gegen die sudanesischen Streitkräfte (SAF), und jede islamistische Truppe [greift vertriebene Christen](#) an, weil sie beschuldigt werden, die Kämpfer der jeweils anderen Seite zu unterstützen.

Der Konflikt zwischen den RSF und den SAF, die sich nach einem Staatsstreich im Oktober 2021 die Militärherrschaft im Sudan geteilt hatten, hat Zivilisten in Khartum und anderswo terrorisiert, Zehntausende getötet und mehr als 12,36 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben, so der UN-Kommissar für Menschenrechte (UNCHR).

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen für die Wiederherstellung eines demokratischen Übergangs im nächsten Monat einigten

Burhan wollte die RSF – eine paramilitärische Truppe mit Wurzeln in den Janjaweed-Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Omar al-Bashir geholfen hatten, Rebellen niederzuschlagen – innerhalb von zwei Jahren unter die Kontrolle der regulären Armee stellen, während Dagalo eine Integration erst nach 10 Jahren zu akzeptieren bereit war

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen aber, sich der internationalen Gemeinschaft als Verfechter der Demokratie und der Religionsfreiheit zu präsentieren.

In der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, wurde der Sudan auf Platz 8 gewählt, im Vergleich zu Platz 10 im Vorjahr, da die Angriffe nichtstaatlicher Akteure anhielten und Reformen zur Religionsfreiheit auf nationaler Ebene nicht auf lokaler Ebene umgesetzt wurden.

Der Sudan war zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 herausgefallen, als er 2021 erstmals auf Platz 13 der World Watch List landete.

Nach zwei Jahren der Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 kehrte mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 das Gespenst der staatlich geförderten Verfolgung zurück.

Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der *Scharia* (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung einer religiösen Gruppe als „Ungläubige“ und hob damit die Apostasiegesetze auf, die das Verlassen des Islam mit dem Tod bestrafen.

Mit dem Staatsstreich vom 25. Oktober 2021 befürchteten die Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts. Abdalla Hamdok, der seit September 2019 als Premierminister eine Übergangsregierung geführt hatte, stand fast einen Monat lang unter Hausarrest, bevor er im November 2021 freigelassen und im Rahmen eines wackeligen Abkommens zur Machtteilung wieder eingesetzt wurde.

Hamdock hatte sich mit der Beseitigung der langjährigen Korruption und eines islamistischen „tiefen Staates“ aus Bashirs Regime auseinandersetzen müssen – demselben tiefen Staat, der verdächtigt wird, die Übergangsregierung beim Putsch vom 25. Oktober 2021 beseitigt zu haben.

Das US-Außenministerium hat den Sudan 2019 von der Liste der Länder von besonderem Interesse (Country of Particular Concern, CPC) gestrichen, die „systematische, anhaltende und ungeheuerliche Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder tolerieren, und ihn auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Der Sudan war zuvor von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

Im Dezember 2020 nahm das Außenministerium den Sudan von seiner Special Watch List.

Die christliche Bevölkerung des Sudan wird auf 2 Millionen geschätzt, was 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von mehr als 43 Millionen entspricht.

<https://morningstarnews.org/2025/01/authorities-in-sudan-ban-christmas-service/>

Syrien: Warnung vor Racheaktion an Alawiten

Gesellschaft für bedrohte Völker: 157 Alawiten getötet, über 9.000 inhaftiert

Damaskus/Göttingen (IDEA) – In Syrien verfolgen die neuen islamistischen Machthaber Angehörige der alawitischen Glaubensgemeinschaft. Davon ist die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV/Göttingen) überzeugt. Sie verweist in einer Pressemitteilung vom 15. Januar auf Angaben der britischen Partnerorganisation „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ (London). Danach sollen sunnitische Islamisten seit Assads Sturz am 8. Dezember 2024 mindestens 157 Menschen erschossen haben, die meisten davon Alawiten. Dieser Glaubensgemeinschaft gehörte auch der gestürzte Machthaber Baschar al-Assad (Damaskus) an, der von 2000 bis 2024 Staatspräsident war und das Land diktatorisch regierte. Mehr als 9.000 Alawiten sollen in einem Gefängnis im zentralsyrischen Hama und in einem weiteren bei Damaskus inhaftiert sein. Dazu erläuterte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido: „Diese Alawiten sind Angehörige der syrischen Armee, die ohne konkreten Grund festgehalten werden. Es besteht die Gefahr, dass die Islamisten sie foltern.“ Es komme zu Racheakten der neuen Machthaber. Sie könnten zu einem bewaffneten Aufstand führen, der das Land weiter destabilisieren würde, so Sido.

„Kriegsverbrecher können keine Kriegsverbrechen aufklären“

Wegen Racheakten sunnitischer Islamisten, die vom NATO-Mitglied Türkei unterstützt würden, wollten Kurden, Drusen und Angehörige anderer Volksgruppen ihre Waffen nicht abgeben, teilte die GfbV weiter mit. Viele Kommandeure der Milizen, die jetzt in Syrien an der Macht seien, hätten jahrelang in den Reihen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) gekämpft. Deshalb ist es Sido zufolge gefährlich, „die Aufarbeitung der Verbrechen an der syrischen Bevölkerung unter Assad in die Hände dieser Islamisten zu legen. Kriegsverbrecher können keine Kriegsverbrechen aufklären.“ Das könne nur eine unabhängige Justiz. Der Menschenrechtler appellierte an die deutsche Bundesregierung, die regierenden Islamisten nicht zu verharmlosen. Sie müsse sich vielmehr für ein Ende der Racheaktionen einsetzen. Auch die alawitische Gemeinschaft müsse ihren Platz im zukünftigen Syrien haben.

Bischof: Wir sind jetzt im Wartemodus

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtet in einer Reportage über die Reaktion von Christen. Der Bischof der armenisch-orthodoxen Kirche, Armasch Nalbandian, sagte dem Beitrag zufolge: „Wir sind jetzt im Wartemodus.“ Ein Pastor erzählt, dass ein Vertreter der islamistischen HTS gesagt habe: „Wir lassen euch in Ruhe, eure Angelegenheit sind eure Angelegenheiten.“ Andere Gesprächspartner machten gegenüber der „Zeit“ deutlich, dass sie sich fürchten. Rebellen der Al-Nusra-Front, der HTS-Vorgängerorganisation, hätten beispielsweise in Maalula im Jahr 2013 auch Kirchen und Klöster zerstört. Die Christen dort äußerten, dass sie in der HTS die „Nusra-Front von damals“ sehen. In Damaskus habe eine Frau die von HTS umgeschriebenen Schulbücher erwähnt. In einem Religionsbuch sei der Passus „jene, die vom rechten Weg abgingen“ durch „Juden und Christen“ ersetzt worden. Im Dezember hätten zwei Dschihadisten einen Weihnachtsbaum angezündet. HTS habe die Tat verurteilt. Es heiße dann – so berichtet eine Christin – vonseiten der HTS, es handle sich um „Einzelfälle“. Rund drei Viertel der 24 Millionen Einwohner Syriens sind sunnitische Muslime, etwa zehn Prozent sind Alawiten. Der Anteil der Christen beträgt je nach Schätzung zwischen zwei und vier Prozent. Aktuelle Zahlen sind schwer zu ermitteln. Rund sechs Millionen Syrer sind ins Ausland geflüchtet, hinzu kommen etwa sieben Millionen Binnenflüchtlinge.

Turkmenistan: Erste Verurteilung eines Wehrdienstverweigerers aus Gewissensgründen seit 2021

AKREF-A/16.01.25 - Am 7. Januar verurteilte das Regionalgericht Mary als Berufungsgericht den 21-jährigen Zeugen Jehovas Arslan Wepayew zu zwei Jahren Strafarbeit, wobei 20 % seines Lohns vom Staat einbehalten werden. Wepayew hatte die Einberufung zum Militärdienst aus Gewissensgründen verweigert, dies dem Rekrutierungsamt schriftlich mitgeteilt und ausdrücklich seine Bereitschaft zur Leistung eines zivilen Wehersatzdienstes bekundet. Am 18. Dezember 2024 wurde er vom Stadtgericht Bayramaly in erster Instanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil wurde nun vom Berufungsgericht aufgehoben und Wepayew aus dem Gefängnis entlassen, um die Strafarbeit anzutreten. Während seiner Haftzeit hatte er unter gesundheitlichen Problemen gelitten. Seine Mutter berichtete nach einem Besuch im Gefängnis, dass er unter krampfartigen Anfällen, einem schwankenden Blutdruck, starken Kopfschmerzen und stechenden Schmerzen in der Brust litt. „Wir sind sehr besorgt über die Behandlung dieses ernsthaften Gläubigen und die Verletzung seiner Menschenrechte“, stellten Zeugen Jehovas fest. „Wepayews Glaubensüberzeugungen sind zentral für seine Identität und sein Handeln. Seine Verhaftung, die Anklage und die Verurteilung zu einer Haftstrafe stehen in direktem Konflikt mit internationalen Menschenrechtsnormen und verletzen unter anderem das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“

Am 6. Januar leitete die Anklagebehörde des Bezirks Shabat im Nordosten des Landes ein Strafverfahren gegen einen weiteren Zeugen Jehovas, den 20-jährigen Wehrdienstverweigerer Agabek Rozbayew ein.

Dies sind die ersten Fälle von Strafverfolgung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen seit 2021, als 16 Wehrdienstverweigerer aufgrund einer Amnestie freigelassen wurden.

Gewissensfreiheit auch für Muslime eingeschränkt

Der 51-jährige Muslim Myratdurdy Shamyradow ist einer von fünf Lesern der Werke des verstorbenen islamischen Theologen Saïd Nursi, die 2017 zu 12 Jahren Haft verurteilt wurden. Er wird wie drei weitere Angehörige dieser Gruppe im selben Arbeitslager in Bayramaly festgehalten. Myratdurdy Shamyradow hat ernsthafte Gesundheitsprobleme. Er kann nicht stehen, ist fast gelähmt. Die Gesundheitsversorgung im Lager ist unzureichend. Seine Familie hat mehrmals um eine Minderung seiner Strafe ersucht. Diese Apelle wurden jedoch ignoriert.

Der 42-jährige muslimische Gewissensgefangene Bahram Saporow wird im selben Arbeitslager festgehalten wie Myratdurdy Shamyradow. Er wurde wegen der Leitung einer muslimischen Studiengruppe in Turkmenabat im Osten Turkmenistans verurteilt. Seit 2013 wurden über 60 Teilnehmer dieser Gruppe festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt. Mindestens drei von ihnen sind im Gefängnis an den Folgen von Misshandlungen oder Vernachlässigung gestorben.

„Bahram ist bei guter Gesundheit“, berichtete ein Bekannter gegenüber Forum 18. Er wird in einer Zelle mit über 10 Mitgefangenen festgehalten. Eine Kamera in der Zelle ermöglicht der Gefängnisverwaltung die permanente Überwachung. Die Wachebeamten hindern die Gefangenen nicht am Gebet und sie haben auch einen Koran. Bei Besuchen durch Verwandte können die Gefangenen nur durch ein Fenster mit schalldurchlässigen Löchern sprechen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. Januar 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Ukraine: Gottes Liebe für Kinder

(Licht im Osten - Pawel D. Kiew, Leiter von LICHT IM OSTEN Ukraine) ist mit einem Team derzeit viel zu Veranstaltungen mit einem Weihnachtsprogramm und Verteilung von Weihnachtspäckchen unterwegs. Diese dauern wegen des großen Bedarfs noch an. Heute (16.01.) sind sie auch im Donbass unterwegs und werden in Frontnähe eine Veranstaltung für 100 Kinder durchführen. Auch an diesem Ort gibt es immer noch viele Kinder, die von den Schrecken und Ängsten des Krieges gezeichnet sind und dringend eine Freude brauchen. **Bitte beten Sie**

Ø um Bewahrung für das Team und alle Besucher der Veranstaltungen.

Ø dass die Puppentheateraufführungen und Geschenke den Kindern helfen, den Krieg für eine kurze Zeit zu vergessen und Gottes Liebe zu spüren.

Ø dass Kinder und Erwachsene infolge der Evangeli-ums-Verkündigung zum lebendigen Glauben an Jesus erweckt werden.

Ø um neue Kraft und Durchhaltevermögen für die Missionsmitarbeiter, die durch die Bombardierungen schlecht schlafen, erschöpft und ausgelaugt sind.

Ø für die Menschen in der Ukraine, die „ganz verzweifelt nach Hilfe und Trost suchen“, dass sie in Gott Halt finden.

Ø dass weiterhin viele Binnenflüchtlinge nicht nur materielle Hilfe, sondern auch die **Gute Nachricht** von Jesus annehmen.

USA: Brände um Los Angeles zerstören auch Kirchengebäude

Pastoren trösten ihre Mitglieder: Kirchen bestehen vor allem aus Menschen

Los Angeles (IDEA) – Die im Großraum Los Angeles (US-Bundesstaat Kalifornien) wütenden Großbrände haben auch etliche Kirchengebäude zerstört oder beschädigt. Wie lokale Medien berichten, sind mindestens zwölf vornehmlich christliche Gotteshäuser betroffen. Unter anderen wurde am 8. Januar die „St. Mark´s Episcopal Church“ in Altadena ein Opfer der Flammen, die benachbarte „First Church of Christ“ blieb hingegen unbeschädigt. Am gleichen Tag brannte auch die in den 1940er Jahren erbaute „Altadena Community Church“ in der gleichen Stadt bis auf die Grundmauern nieder. Die Pastoren der beiden zerstörten Kirchen, Paul Tellström und J. Andre Wilson, trösteten die Gemeindemitglieder in den Sozialen Medien angesichts des Verlusts und betonten, dass die Kirche nicht aus dem Gebäude bestehe, sondern aus den Menschen darin. Zum Hintergrund: Die Feuer breiteten sich seit dem 7. Januar aus und haben nach jüngsten Behördenangaben 24 Menschenleben gekostet. Rund 12.000 Gebäude wurden bisher beschädigt oder zerstört. Besonders stark betroffen ist Pacific Palisades, ein Stadtviertel von Los Angeles. Dort hat das Feuer allein eine Fläche von über 9.500 Hektar verwüstet. Laut dem kalifornischen Gouverneur Gavin Newsom könnte es sich um die größte und teuerste Naturkatastrophe in der US-Geschichte handeln. Bereits jetzt schätzte der Wetterdienst AccuWeather die Schäden und wirtschaftlichen Folgen für Los Angeles auf umgerechnet 132 bis 147 Milliarden Euro, geht aber davon aus, dass sich der Betrag noch deutlich erhöhen wird bis zur endgültigen Löschung der Brände. Viele der betroffenen Gemeinden befassen sich schon mit dem [Wiederaufbau](#) ihrer Gebäude und bitten um Spenden.

Auch Moschee und Synagoge betroffen

Auch die die 80 Jahre alte Synagoge in Pasadena wurde vollständig zerstört. Deren Kantorin, Ruth Berman Harris, konnte mit ihrem Ehemann und zwei weiteren Helfern die dortige Thorarolle vor den Flammen retten. Die 30 Jahre alte Masjid-Altakwa-Moschee in Altadena brannte ebenfalls nieder.

Franklin Graham: Kein Gericht Gottes

Indes vertrat der US-Evangelist und Präsident der „Billy Graham Evangelistic Association“, Franklin Graham (Charlotte/US-Bundesstaat North Carolina), die Ansicht, dass die Brände kein Gericht Gottes für den in Hollywood herrschenden Materialismus seien. In den betroffenen wohlhabenden Vierteln wie Pacific Palisades und Malibu waren unter anderem die Häuser von Mel Gibson, Paris Hilton, Sir Anthony Hopkins und John Goodman von den Feuern betroffen. Gegenüber dem britischen Nachrichtenportal „Premier“ (London) sagte Graham: „Die Realität ist, dass wir mehr Stürme wie diesen haben werden. Es wird nicht weniger werden, und das Wichtigste, was wir als Christen tun können, ist dafür zu sorgen, dass jeder versteht, dass Gott ihn liebt. Und dass, wenn Stürme wie dieser kommen, es nicht Gottes Gericht ist. Das glaube ich nicht eine Sekunde lang. Wir wissen, dass Gott uns liebt.“ Graham entsandte Notfallseelsorger in das Krisengebiet.

Vietnam: Hoffnung für das Land

Einige Christen in Vietnam genießen mehr Religionsfreiheit als je zuvor in der jüngeren Geschichte. Zu Beginn dieses Jahres fand in Ho-Chi-Min-Stadt eine „Business as Mission“-Konferenz statt, an der mehr als 250 christliche Geschäftsleute aus dem ganzen Land teilnahmen. Hauskirchen in Vietnam, die sich früher versteckt hielten, feiern jetzt offen ihre Gottesdienste. Die Zahl der Bekehrten und der Gemeinden steigt ebenso wie die Zahl der Bibelschulen, die Evangelisten und Pastoren für den Dienst in abgelegenen Gebieten ausbilden.

New Life/ Bridgeway/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

Weltweit: Weltverfolgungsindex - Autokraten verschärfen Christenverfolgung

380 Millionen Christen weltweit erleiden ein extremes oder hohes Maß an Verfolgung

Frankfurt am Main (IDEA) – Die Zahl der Christen, die ein extremes oder hohes Maß an Verfolgung erleiden, hat weiter zugenommen: Im Berichtszeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 waren es weltweit 380 Millionen. Das sind 15 Millionen Betroffene mehr als im Jahr zuvor. Das geht aus dem 32. Weltverfolgungsindex (WVI) des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors hervor, der am 15. Januar veröffentlicht wurde. Laut dem Bericht wurden weltweit 4.476 Christen in Zusammenhang mit der Ausübung ihres Glaubens getötet. Damit lag die Zahl der erfassten Fälle zwar niedriger als im Vorjahr (4.998), die Dunkelziffer dürfte aber deutlich höher liegen. Im Berichtszeitraum gab es 28.368 Angriffe auf Häuser von Christen. Das waren deutlich mehr als im Vorjahr, in dem die Zahl bei 21.431 lag.

Christen werden als Staatsfeinde angesehen

Für die Verschärfung der Christenverfolgung seien in vielen Fällen vor allem autokratische Systeme verantwortlich, heißt es weiter in dem Bericht. Die härteste Unterdrückung erleben Christen nach wie vor in Nordkorea. Das kommunistische Land steht wieder auf Platz 1 des WVI. Es belegt den unrühmlichen Spitzenplatz seit 2002 und wurde nur 2021 kurzzeitig von Afghanistan abgelöst, das aktuell auf Platz 10 rangiert. Die Lage in Nordkorea habe sich für die Betroffenen durch die Zusammenarbeit des Regimes mit dem ebenfalls kommunistischen Nachbarn China weiter verschlimmert, erklärte Open Doors. „Wer in Nordkorea als Christ entdeckt wird, muss um sein Leben fürchten, mindestens aber mit der Einweisung in eines der berüchtigten Straflager rechnen.“ Dort seien Folter und missbräuchliche Gewalt in jeglicher Form an der Tagesordnung. Christen würden laut Augenzeugenberichten oft mit besonderer Härte behandelt, weil sie wegen ihres Glaubens als Staatsfeinde angesehen würden.

Engmaschige Überwachung in China

Die wenigen erfolgreichen Fluchtversuche aus Nordkorea über die Grenze nach China endeten häufig mit der Deportation der Geflüchteten durch chinesische Grenzbeamte. Das atheistische Regime der Volksrepublik setze auch die Christen im eigenen Land immer stärker unter Druck. Strikte ideologische Vorgaben würden mit einer engmaschigen Überwachung durchgesetzt. Die dabei eingesetzte Technik werde auch nach Nordkorea und in zahlreiche weitere Länder exportiert. „Die Zeiten, als nichtregistrierte ‚Hauskirchen‘ sich in China an öffentlichen Orten wie in Hotels oder Bürogebäuden versammeln konnten – oftmals zu mehreren Hundert – sind vorbei“, so das Hilfswerk. China hat sich im WVI von Platz 19 auf Rang 15 verschlechtert.

Gewalt und religiöse Intoleranz

Auch andere Autokraten erhöhten den Druck auf Christen. So sei die Lage der Christen in der Türkei wieder schwieriger geworden. Unter der Herrschaft des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sei religiöser Nationalismus zu einer prägenden Kraft innerhalb der islamischen Gesellschaft geworden. Christen und ihre Kirchen seien immer wieder verbaler und tätlicher Gewalt ausgesetzt. Im aktuellen Berichtszeitraum seien zwei Christen getötet worden. Zu anhaltender Verfolgung von Christen führe auch der Hindu-Nationalismus der Regierung in Indien. Das bevölkerungsreichste Land der Erde belegt im WVI wie im Vorjahr Platz 11. Unter den weiteren Staaten auf den obersten Plätzen hat es nur geringfügige Verschiebungen gegeben: Somalia, Jemen, Libyen, Sudan, Eritrea, Nigeria, Pakistan und der Iran sind weiterhin die Schauplätze der schlimmsten Christenverfolgung in der Welt. Ein regionaler Brennpunkt bleibt der südlich der Sahara gelegene Teil Afrikas: Dort wurden im Berichtszeitraum 16 Millionen Christen gewaltsam vertrieben.

Trotzdem Zeichen der Hoffnung

Trotz der weltweit zunehmenden Verfolgung gebe es aber auch Zeichen der Hoffnung, erklärte der Leiter von Open Doors, Markus Rode, zur Vorstellung des WVI. „Ich bin dankbar, dass Millionen verfolgter Christen ihren Glauben nicht aufgeben oder verleugnen, auch wenn bereits viele Christen in westliche Länder geflohen sind.“ Parallel zur anhaltenden Verfolgung fänden immer mehr Hindus, Muslime und Buddhisten neue Hoffnung im christlichen Glauben, auch wenn sie deshalb massiv von ihren eigenen Familien, religiösen Extremisten und autokratischen Regierungen verfolgt würden. Rode appellierte an die freie Presse und demokratische Regierungen in westlichen Ländern, ihre Stimme für verfolgte Christen zu erheben. „Das kommt leider noch viel zu selten vor, könnte jedoch wesentlich zu ihrem Schutz beitragen.“

Wie die Rangliste entsteht

Die Forschungsabteilung von Open Doors sammelt Daten in fünf Lebensbereichen: Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben, Leben im Staat und kirchliches Leben. Hinzu kommt die Kategorie „Gewaltsame Übergriffe“. Das Ausmaß der Übergriffe wird für alle Bereiche in ein Punktesystem übertragen, um die unterschiedlichen Triebkräfte der Verfolgung in diesen Bereichen vergleichen zu können. Die Forschungsabteilung hat insgesamt neun Triebkräfte definiert, die gewaltsame und gewaltlose Verfolgung von Christen beschreiben: kommunistische Unterdrückung, säkulare Intoleranz, diktatorische Paranoia, organisierte Verbrechen und Korruption, ethnisch-religiöse Feindseligkeit, Unterdrückung durch den Clan/Stamm, konfessioneller Protektionismus, religiös motivierter Nationalismus und islamische Unterdrückung. Open Doors verweist darauf, dass es keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung gebe. Die WVI-Methodik folge „eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition“. Nach diesem Ansatz sei Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus“.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]